

Petition VII-P-10447

Einreicher: Natürliche Person

Betreff: Bürgerfreundlichkeit und Transparenz der Verwaltung

Sehr geehrte Frau Ehms,
sehr geehrte Mitglieder des Stadtrats,

die Grundeinstellung in den Verwaltungsstandpunkten zu Petitionen ist so gut wie immer, die Bürgeranliegen abzulehnen. Ich verstehe nicht, warum Verwaltung in Deutschland grundsätzlich so negierend sein muss? Ich hatte zwischenzeitlich mal an das SMWA geschrieben, aber auch aus dem "alltäglichen" Leben mit Behörden ist meine Erfahrung leider immer: "geht nicht, wollen wir nicht, interessiert uns nicht". Zur Zeit läuft eine Kampagne "Gemeinsam können Politik, Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger gut Lösungen für unser Land finden." Kann es nicht wirklich so sein, dass von der Verwaltung ein Interesse für die Menschen ausgeht, dass man versucht, aus den Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern etwas zu machen statt sie kalt-herzig abzuweisen? Ich bin selber in einem Bereich tätig, wo es für andere Menschen darauf ankommt, dass ich gewillt bin, Ihnen zu helfen. Ich kann auch deshalb gar nicht nachvollziehen, warum Verwaltung so "dagegen" sein muss, warum man nicht schauen kann, wie man lösungsorientiert vorgehen könnte. Das Verkehrs- und Tiefbauamt hätte sich ja bezüglich einer Petition zur Bahnabindung auch für Rückfragen an mich wenden können - aber nichts. Es wurden auch keine Sachverständigen angehört. Es enttäuscht mich jedes Mal wieder, dass teilweise Falschinformationen in den Beschlüssen sind.

Mit der Petition wird gefordert, dass man für die verschiedenen Dezernate der Verwaltung wieder das einführt, was sich vom 09.10. bis 09.11.1989 bewährt hat: runde Tische, die allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen. Damit sollte eine Fehlerkontrolle möglich sein und die Kälte der Verwaltung gegenüber Bürgerinnen - und Bürgeranliegen aufgebrochen werden.